

SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss₉. November 1988 Décision

Decisione

1960

Botschaft über eine Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC)

Aufgrund des Antrages des EVD vom 19. Oktober 1988

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

Botschaft und Entwurf zum Bundesbeschluss über eine Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC) werden mit folgenden Aenderungen gutgeheissen:

Seite 2 Uebersicht:

"... ist eine Beitragserhöhung unumgänglich. Der Gesetzesentwurf sieht eine jährliche Finanzhilfe vor, welche 45 Prozent der Gesamtaufwendungen der OSEC nicht übersteigen darf, sowie besondere Finanzhilfen für Exportförderungsaktionen der schweizerischen Handelskammer im Ausland. Die finanziellen Mittel für die Finanzhilfen sind jeweils für mehrere Jahre mit einfachem Bundesbeschluss zu bewilligen. Im Entwurf des ersten Bundesbeschlusses werden für die Jahre 1990 – 1994 ...".

Seite 10, Ziffer 22:

"Mit dem vorliegenden Bundesbeschluss soll für die Finanzhilfen an die OSEC in den Jahren 1990 – 1994 ein Höchstbetrag von 50 Millionen Franken bewilligt werden, den der Bundesrat in jährlichen Tranchen von je 10 Millionen Franken beanspruchen wird."

Veröffentlichung: Bundesblatt Für getreuen Auszug, der Protokollführer:

		auszug a			
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten	
	X	EDA	8	-	
		EDI	DEG.	No.	
	X	EJPD	3	- 10	
		EMD	a mara de	elen	
	X	EFD	7	-	
X		EVD	15	-	
		EVED	Ya be	z d	
X		BK	5	-	
		EFK			
		Fin.Del.			



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA Bern, den 19. Oktober 1988

2101.3

An den Bundesrat

Botschaft über eine Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC)

Wir unterbreiten Ihnen Botschaft und Entwurf zum Bundesgesetz über eine Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC) ab 1.1.1990.

Gemäss Bundesgesetz von 1982 leistet der Bund der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung einen jährlichen Beitrag von 7 Millionen Franken, mit denen in erster Linie die Erfüllung der im allgemeinen exportwirtschaftlichen Interesse liegenden Aufgaben dieser Organisation (Dienstleistungen in den Bereichen Messewesen im Ausland, Information, Beratung und Imagewerbung) sichergestellt werden sollen. Die inflationsbedingte Entwertung des Bundesbeitrages (ca. 10 Prozent seit 1983) einerseits sowie die gestiegenen Kosten und Ansprüche bei den allgemeinwirtschaftlichen Dienstleistungen der OSEC anderseits rechtfertigen eine Erhöhung. Wir beantragen den Beitrag im Sinne der Anfrage der OSEC von 7 Millionen auf 10 Millionen Franken zu erhöhen.

Zur gleichen Zeit etwa wie die OSEC hat die Union Schweizerischer Handelskammern im Ausland ein Begehren um einen jährlichen Beitrag des Bundes von 1,5 Millionen Franken unterbreitet. 1 Million Franken davon werden für spezifische exportfördernde Vorhaben der Schweizerischen Handelskammern in Zusammenarbeit mit der OSEC gefordert. Die restlichen 0,5 Millionen Franken würden als Aufstockung der zurzeit 308'000 Franken betragenden und vom EDA ausgerichteten Entschädigung für die Entlastung der Botschaften und Konsulate von gewissen kommerziellen Obliegenheiten dienen. Ueber diese Entschädigung wird das EDA zu befinden haben.

Die Gewährung eines jährlichen Beitrages von 1 Million Franken für spezifische Vorhaben der Exportförderung scheint uns gerechtfertigt im Hinblick auf die Bedeutung der schweizerischen Handelskammern im Ausland, die im Vergleich zu ähnlichen Institutionen anderer Länder ausschliesslich privat finanziert werden. Neu sind solche Beiträge nicht, sie wurden bereits im Rahmen der beiden Impulsprogramme (1978-87) an die OSEC ausgerichtet, mit der die schweizerischen Handelskammern im Ausland zusammenarbeiten. Wir beantragen daher, den Handelskammern über die OSEC als Treuhandstelle zusätzlich 1 Million Franken jährlich zu entrichten.

Das neue Bundesgesetz über eine Finanzhilfe an die OSEC soll an 1.1.1990 in Kraft treten.

Die folgenden Aemter wurden im Vorverfahren konsultiert: Direktion für Verwaltungsangelegenheiten und Aussendienst, EDA, Finanz- und Wirtschaftsdienst, EDA, Eidgenössische Finanzverwaltung, EFD, Bundesamt für Justiz, EJPD, Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, EVD. Ihre Anregungen wurden ausnahmslos berücksichtigt, Differenzen bestehen nicht mehr.

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

leca man

Veröffentlichung im Bundesblatt

Beilagen: - Entwurf des Beschlussdispositivs

- Botschaftsentwurf (d und f)

- Entwurf des Bundesbeschlusses (d und f)

- Entwurf der Pressemitteilung (d, f, i)

Zum Mitbericht an:

en

1-

-

u

r

4

- EDA
- EJPD
- EFD

Protokollauszug an:

- EVD (GS 2, BAWI 10)
- EDA
- EJPD
- EFD

Botschaft über eine Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC)

Aufgrund des Antrags des EVD vom 19. Oktober 1988

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

Botschaft und Entwurf zum Bundesbeschluss über eine Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC) werden gutgeheissen.

Für getreuen Auszug, der Protokollführer:

<u>Veröffentlichung:</u> Bundesblatt Botschaft

über eine Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC)

vom

Sehr geehrte Herren Präsidenten, Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir unterbreiten Ihnen die Entwürfe zu

- einem Bundesgesetz über eine Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung und
- einem Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung

mit dem Antrag auf Zustimmung.

Wir versichern Sie, sehr geehrte Herren Präsidenten, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

...., 1988

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Stich

Der Bundeskanzler : Buser

Uebersicht

Mit Bundesgesetz vom 5. Oktober 1982, in Kraft seit dem 1. Januar 1983, wurde der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung (OSEC) ein jährlicher Beitrag von 7 Millionen Franken zugesprochen und zwar im Sinne einer Verstetigung bis dahin variierender Erhöhungen des 1975 auf 3,9 Millionen Franken festgesetzten Bundesbeitrags. Infolge der Teuerung, dem Ausbau des Dienstleistungsangebots insbesondere im gemeinwirtschaftlichen Bereich, sowie zur Verstärkung der Zusammenarbeit mit den schweizerischen Handelskammern im Ausland ist eine Beitragserhöhung unumgänglich. Der Gesetzesentwurf sieht eine mittels Bundesbeschluss festzusetzende jährliche Finanzhilfe, welche 45 Prozent der Gesamtaufwendungen der OSEC nicht übersteigen darf, sowie spezielle Finanzhilfen für Exportförderungsaktionen der schweizerischen Handelskammern im Ausland vor. Im Entwurf des Bundesbeschlusses werden für die Jahre 1990 - 1994 Finanzhilfen an die OSEC von insgesamt höchstens 50 Millionen Franken und für Aktionen der Exportförderung der schweizerischen Handelskammern im Ausland im gleichen Zeitraum im Höchstbetrag von 5 Millionen Franken beantragt.

BOTSCHAFT

1 Allgemeiner Teil

11 Wesen und Zweck der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung (OSEC)

Die OSEC ist ein privater Verein, der vom Bund gemäss Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über einen Beitrag an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (SR 946.15) einen jährlichen Beitrag von derzeit 7 Millionen Franken bezieht, dessen Statuten seiner gemeinwirtschaftlichen Leistungen wegen
vom Bundesrat zu genehmigen sind. Was die Entstehung der OSEC
betrifft, darf auf die Ausführungen in der "Botschaft über
einen Beitrag an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung" vom 11. November 1981 (BB1 1982 I 29) verwiesen werden.

Das offizielle schweizerische Exportförderungsdispositiv besteht aus der Exportrisikogarantie, dem einzigen staatlichen Instrument im Bereich der Exportfinanzierung, der OSEC (für Information, Beratung, Kontaktvermittlung, Messewesen und Imageförderung im Ausland), sowie den mit ihr partnerschaftlich zusammenarbeitenden schweizerischen Botschaften und Konsulaten, die sich ihrerseits gegebenenfalls auf die schweizerischen Handelskammern im Ausland abstützen.

Die Tätigkeit der OSEC ist subsidiär. Sie ist in ein dichtes Netz von privaten Organisationen und Institutionen eingebettet, die ebenfalls Dienstleistungen der Exportförderung anbieten, wie etwa die Banken, private Exportförderungsunternehmen, Unternehmensberater, kantonale Handelskammern und viele andere mehr. Die OSEC greift in keinerlei Unternehmerfunktionen ein; Initiative, Risikotragung und die gesamte Geschäftsabwicklung im Exportgeschäft bleiben dem Unternehmer überlassen. Die Aufgabe der OSEC besteht somit in erster Linie in flankierender Unterstützung des Exportunternehmers.

Die Partnerschaft der OSEC mit dem Bund liegt im gemeinwirtschaftlichen Leistungsauftrag begründet, wonach die OSEC

- die für eine nachhaltige und auf Erfahrungen aufbauende Exportförderung notwendige Kontinuität über schlechte und gute Exportjahre hinweg gewährleistet;
- die in den Rahmen der praktischen Exportförderung fallenden Tätigkeiten in einem einzigen Betrieb zusammenfasst
 und eine ganze Palette von Dienstleistungen unterschiedlicher Rentabilität ständig zur Verfügung der Exportwirtschaft hält;
- im Gesamt- und Landesinteresse Anlässe und Aktionen durchführen muss, die von vornherein nicht kostendeckend sind.

Die Partnerschaft mit dem Bund bedeutet allerdings kein Monopol zugunsten der OSEC gegenüber den übrigen privaten Institutionen, sondern in erster Linie eine enge Zusammenarbeit mit den Verwaltungsstellen, insbesondere mit dem Bundesamt für Aussenwirtschaft sowie den schweizerischen Botschaften und Konsulaten, welche gewissermassen die Stützpunkte der OSEC im Ausland darstellen. Diese unterstützen die OSEC bei der Informationsbeschaffung, der Kontaktvermittlung und bei der Durchführung von Messen und Aktionen. Im Verhältnis zu den nur auf Rendite ausgehenden Exportförderungsinstitutionen und -unternehmen ist die OSEC teils ergänzend; teils steht sie im Wettbewerb mit ihnen. Da die OSEC gemäss Gesetz 55 Prozent ihres Budgets aus eigenen Mitteln aufzubringen hat, ist sie neben den Mitgliederbeiträgen auf kostendeckende Einnahmen aus ihren Dienstleistungen angewiesen.

Der privatwirtschaftliche Aspekt der OSEC kommt auch in der Zusammensetzung ihrer Organe zum Ausdruck. 29 bzw. 7 Vertretern von Spitzenverbänden und Exportunternehmen in Aufsichtskommission und Vorstand steht nur je ein Vertreter des Bundes gegenüber. Damit soll gewährleistet sein, dass das

Dienstleistungsangebot hinsichtlich Art und Umfang dem Bedarf und den Wünschen der Exportwirtschaft entspricht. Die OSEC stellt mithin ein Gemeinschaftswerk von Bund und Wirtschaft dar, das nach Art des Milizsystems Aufgaben übernimmt, die in andern Ländern weitgehend staatlichen Organen übertragen sind.

12 Neue Organisationsstruktur, Verbesserung der Dienstleistungen

Im Dezember 1986 hat die Aufsichtskommission auf Antrag des Vorstandes eine Restrukturierung und Anpassung des Dienst-leistungsangebotes mit folgenden Zielsetzungen beschlossen:

- Verbesserung der Kundennähe
- Verstärkung des Angebotes von marktgerechten Problemlösungsspaketen
- Verkürzung der internen Kommunikationswege und Verbesserung der Zusammenarbeit
- Effizienzsteigerung und Rationalisierung
- Verstärkung der internen Führung
- Beibehaltung einer starken Position in der Westschweiz.

Das Dienstleistungsangebot umfasst heute die folgenden 14 Tätigkeitsbereiche:

- Auskünfte über Firmen, Produkten und Handelsmarken in der Schweiz
- Exportberatung
- Informationen über Auslandmärkte

- Vermittlung von Geschäftspartnern, insbesondere Vertretern
- Ermittlung und Bearbeitung von Geschäftsmöglichkeiten
- Publikationen zur Information der Exportfirmen
 - Export-Publikationen sowie Image-Werbung im Ausland
 - Messewesen
 - Gemeinschaftsaktionen von Unternehmen
 - Schulung und Durchführung von Seminaren
 - Diverse andere Dienstleistungen
 - Exportmotivation und Mitgliederwerbung
 - Exportpreisattestierungen
 - Förderung des Handels mit Entwicklungsländern.

Die neue Organisation der OSEC ist im Dezember 1987 in Kraft getreten. Die Dienstleistungen sind schrittweise angepasst, verschiedene Arbeitsinstrumente ergänzt oder neu konzipiert worden. Die Finanzierung dieser Restrukturierung erfolgte ohne zusätzliche Mittel.

Das Dienstleistungsangebot richtet sich insbesondere an die Klein- und Mittelbetriebe, die nicht über die Spezialisten verfügen, um den immer komplexer werdenden Anforderungen des Export-Marketings genügen zu können. Sie sind in vielen Fällen darauf angewiesen, sich auf eine Organisation abzustützen, die ihre eigenen Bemühungen ergänzt. Die Konkurrenz wird zunehmend härter und die Wettbewerbsbedingungen sind vielfach verfälscht. Die schweizerischen Exportfirmen haben mit nichttarifarischen Handelshemmnissen, oft mit offenem Protektionismus zu kämpfen und im Verkehr mit Entwicklungsländern und

den Oststaaten werden sie zunehmend zu den mit vielerlei Komplikationen verbundenen Kompensationsgeschäften gezwungen. In diesem Umfeld sind besondere Anstrengungen in der Exportförderung notwendig. Das bestehende Dispositiv muss deshalb entsprechend ausgerüstet und optimal genutzt werden.

Zusätzliche Mittel zur Gewährleistung von Kontinuität und Qualität des Leistungsangebots

Der seit 1. Januar 1983 auf 7 Millionen Franken festgelegte Bundesbeitrag ist nicht indexiert. Gemäss dem Index der Konsumentenpreise (1.1.1983: 124,5; 1988: 138,2) ist er in den vergangenen 5 Jahren um etwas über 10 Prozent entwertet worden. Die Kosten für die erbrachten gemeinwirtschaftlichen Leistungen, wenn auch nur schwer bezifferbar, dürften ihrerseits zurzeit über dem Bundesbeitrag liegen. Es muss davon ausgegangen werden, dass der Anteil des Aufwandes für gemeinwirtschaftliche Aufgaben an den Gesamtausgaben noch zunimmt. Der Verbesserung der erforderlichen Arbeitsmittel kommt ferner besondere Wichtigkeit zu. Insbesondere besteht ein beträchtlicher Nachholbedarf zur Aktualisierung vorhandener und Schaffung neuer Datenbanken. Die verstärkte Informatisierung ist erforderlich, um einen zuverlässigen Informationsverbund zwischen der Bundesverwaltung, den kantonalen Handelskammern und der OSEC realisieren zu können.

Die kontinuierliche Verfügbarkeit angemessener finanzieller Mittel, eine zweckmässige Infrastruktur, gut ausgebildetes Personal mit entsprechendem Know how sind Voraussetzung, dass die OSEC die Aufgaben der praktischen Exportförderung im Dienste der Exportwirtschaft und des Bundes auf befriedigende Weise wahrnehmen kann. Eine Erhöhung des Bundesbeitrages scheint entsprechend gerechtfertigt zum Ausgleich des Teuerungsverlustes, zur Erfüllung der gemeinwirtschaftlichen Aufgaben sowie der Modernisierung der Arbeitsinstrumente. Der Mitteleinsatz der OSEC wird gemäss den vom Bundesrat genehmigten Statuten von der Aufsichtskommission im Rahmen der von

ihr festgelegten mittelfristigen Tätigkeits- und Finanzplanung bestimmt.

Das Ausland setzt zum Teil weit höhere öffentliche Mittel bei der Exportförderung ein. In der Regel sind es umso mehr, je geringer die Exportintensität ist. Den schweizerischen Gegebenheiten dürfte das bestehende Dispositiv hinsichtlich Struktur und Umfang entsprechen und genügen. Mit der Erhöhung des jährlichen Bundesbeitrags an die OSEC von 7 auf 10 Millionen Franken wird der geltende Grundsatz der bloss flankierenden staatlichen Hilfe nicht verlassen.

14 Finanzielle Eigenleistungen der OSEC

Wie erwähnt, darf der Bundesbeitrag gemäss dem Bundesgesetz von 1982 45 Prozent der Gesamtaufwendungen der OSEC nicht übersteigen. Dieser Anteil des Bundes hat sich seit 1981 wie folgt entwickelt:

1981	44	Prozent
1982	36	Prozent
1983	40	Prozent
1984	33	Prozent
1985	37	Prozent
1986	31	Prozent
1987	35	Prozent

Die OSEC hat also die finanziellen Eigenleistungen in den letzten Jahren ständig über dem geforderten Niveau halten können. Daran soll die vorgeschlagene Erhöhung des Bundesbeitrags grundsätzlich nichts ändern, hat die OSEC doch auf den 1. Januar 1988 die Tarifansätze für Dienstleistungen und Abonnemente um durchschnittlich 10 - 15 Prozent erhöht, die Mitgliederbeiträge gar um durchschnittlich 20 Prozent. Nicht unerwähnt sollen in diesem Zusammenhang die Sonderbeiträge bleiben, die Grossfirmen und Banken bei gewissen Anlässen der OSEC leisten.

15 Die schweizerischen Handelskammern im Ausland

Unternehmer der schweizerischen Exportwirtschaft haben in verschiedenen Ländern zur Wahrung ihrer Interessen Handelskammern gegründet, von denen eine Anzahl über operationelle Sekretariate verfügen. Sie sind infolgedessen in der Lage, den Mitgliedern sowie auch anderen Interessenten gewisse Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Exportgeschäft zu erbringen. Botschaften oder Generalkonsulate haben in ihren Gastländern mit diesen Handelskammern Vereinbarungen im Sinne einer Arbeitsteilung im Bereich der Handelsangelegenheiten und der Exportförderung getroffen. Grundsätzlich bearbeitet jede Stelle diejenigen Geschäfte, für die sie besser als die andere qualifiziert ist. So behandeln die Botschaften z.B. insbesondere Anliegen an die Adresse der Behörden des Gastlandes. Durch diese Zusammenarbeit werden die Aussenposten von einem Teil ihrer kommerziellen Aufgaben entlastet. Diejenigen Handelskammern, mit welchen Zusammenarbeitsvereinbarungen bestehen, erhalten vom Bund eine Entschädigung. Für alle Handelskammern zusammen sind dies zurzeit 308'000 Franken. Die Aufteilung auf die einzelnen Kammern erfolgt nach einem auf dem Grad der Entlastung der Botschaften basierenden Schlüssel, der indessen auch dem allgemeinen Interesse unseres Landes am Bestehen von Handelskammern Rechnung trägt.

Im Gegensatz zu den Handelskammern der meisten ausländischen Staaten erhalten die schweizerischen neben dieser Entschädigung keine weitere regelmässige öffentliche finanzielle Unterstützung. Sie haben daher ihren anfänglichen Charakter als rein private, autonome Zusammenschlüsse und Firmen bis heute bewahrt. Sie stellen indessen im Rahmen des weitgehend auf dem Milizsystem fussenden Exportförderungsdispositivs der Schweiz eine wichtige Komponente dar. Deshalb wurden ihnen bei den beiden Impulsprogrammen 1978-82 und 1983-87 zur Durchführung exportfördernder Aktionen und Projekte unter Einschaltung der OSEC als treuhänderischer Verwalterin und gegebenenfalls Projektleiterin spezielle Kredite zur Verfügung gestellt. Gemäss Bundesbeschluss vom 18. März 1983

(BB1 1783 I 1208) handelte es sich für die 4 Jahre des zweiten Impulsprogramms um insgesamt 2 Millionen Franken. Dieses Vorgehen hat sich bewährt. Wir schlagen deshalb, gewissermassen in Fortsetzung des zweiten Impulsprogramms vor, über die OSEC den schweizerischen Handelskammern im Ausland zur kooperativen Durchführung von Projekten und Aktionen im Interesse der schweizerischen Exportwirtschaft in den Jahren 1990 - 1994 eine zusätzliche Finanzhilfe von jährlich mindestens 1 Million Franken, insgesamt also höchstens 5 Millionen Franken zu gewähren. Diese können in Anspruch genommen werden, wenn entsprechende Vorhaben gutgeheissen werden. Genehmigungsinstanz ist das Bundesamt für Aussenwirtschaft, das auf gemeinsamen Vorschlag der Union schweizerischer Handelskammern im Ausland und der OSEC in jedem Einzelfall entscheidet.

2 Besonderer Teil

21 Verzicht auf die Festsetzung der Finanzhilfe im Gesetz

Aus den vorhergehenden Darlegungen geht hervor, dass zur Gewährleistung von Kontinuität und Qualität des Leistungsangebots zusätzliche Mittel nötig sind. Die im Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 festgelegten jährlichen Beiträge von 7 Millionen Franken reichen dazu nicht aus. Der Gesetzesentwurf sieht keine betragsmässig festgesetzte Finanzhilfe vor. Demgegenüber soll die Bundesversammlung über die Gewährung der finanziellen Mittel an die OSEC und für die Exportförderungsaktionen jeweils aufgrund einer Botschaft für mehrere Jahre beschliessen. Der durch einfachen Bundesbeschluss bewilligte Zahlungsrahmen wird gleichmässig auf die jährlichen Voranschläge aufgeteilt.

22 Finanzhilfen für die Jahre 1990 - 1994

Mit dem vorliegenden Bundesbeschluss soll der OSEC in den Jahren 1990 - 1994 ein Höchstbetrag von 50 Millionen Franken an Finanzhilfe gewährt werden, d.h. ein jährlicher Beitrag von 10 Millionen Franken. Für Aktionen der Exportförderung der schweizerischen Handelskammern im Ausland ist zusätzlich ein Betrag von höchstens 5 Millionen Franken vorgesehen, bzw. ein jährlicher Beitrag von 1 Million Franken

23 Vernehmlassungsverfahren

Nach Artikel 32 Absatz 2 der Bundesverfassung ist über rechtsetzende Erlasse im hier fraglichen Regelungsbereich grundsätzlich eine Vernehmlassung bei den Kantonen durchzuführen. Indessen lässt diese Bestimmung Ausnahmen dort zu, wo es um Aenderungen von untergeordneter Bedeutung geht (vgl. etwa BBl 1985 II 993; BBl 1987 I 336). Das trifft im vorliegenden Fall zu. Die bisherige Finanzhilfe soll vor allem auch der Teuerung angepasst werden.

3 Finanzielle und personelle Auswirkungen

Mit den in der Vorlage beantragten 55 Millionen Franken ergibt sich für den Bund für die Jahre 1990 - 1994 eine Belastung von jährlich 11 Millionen Franken. In personeller Hinsicht hat die Vorlage für den Bund keinerlei Auswirkungen. Im übrigen beabsichtigt auch die OSEC keine diesbezügliche Aufstockung; ihr Personalbestand betrug 1982 109, 1985 122 und 1987 117 Einheiten.

Die Vorlage hat keine Auswirkungen auf die Kantone und Gemeinden.

4 Legislaturplanung

Im Bericht über die Legislaturplanung 1987-1991 (BBl 1988 I 395) wird auf die Wichtigkeit der Sicherung und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizerischen Wirtschaft hinge-

wiesen. Die Vorlage ist dort nicht ausdrücklich angekündigt, jedoch speziell in der Finanzplanung 1988/91 aufgeführt.

5 Verfassungs- und Gesetzmässigkeit

Der Gesetzesentwurf stützt sich auf Artikel 31bis Absatz 2 der Bundesverfassung, wonach der Bund befugt ist, zur Förderung einzelner Wirtschaftszweige Massnahmen zu treffen. Im vorliegenden Fall geht es um die Unterstützung der Aussenwirtschaft.

Das auch für Finanzhilfen geltende Gesetzmässigkeitsprinzip verlangt, dass der Grundsatz der Beitragsgewährung in Form eines Bundesgesetzes niedergelegt wird. Im übrigen verlangt auch Artikel 32 Absatz 1 der Bundesverfassung einen referendumspflichtigen Erlass. Demgegenüber sind die finanziellen Mittel für die Finanzhilfe in einem nicht referendumspflichtigen, jeweils für mehrere Jahre geltenden Kreditbeschluss festzusetzen (vgl. etwa BBl 1983 I 878 f. und 886 f.; BBl 1987 I 343 und 356 f.).

м	Δ	C	C	3	q	9
1.1	_	2	2	а		

relatif à une loi fédérale allouant une aide financière à l'Office suisse d'expansion commerciale (OSEC)

du

Messieurs les Présidents, Mesdames et Messieurs,

Par le présent message, nous vous soumettons

- un projet de loi allouant une aide financière à l'Office suisse d'expansion commerciale,
- un projet d'arrêté fédéral sur les fonds affectés à l'aide financière à l'Office suisse d'expansion commerciale,

en vous proposant de les adopter.

Nous vous prions d'agréer, Messieurs les Présidents, Mesdames et Messieurs, les assurances de notre haute considération.

...., 1988

Au nom du Conseil fédéral suisse:

Le président de la Confédération, Stich

Le chancelier de la Confédération, Buser

Condensé

La loi fédérale du 5 octobre 1982, en vigueur depuis le ler janvier 1983, portait à 7 millions de francs par an la contribution de la Confédération à l'OSEC. Il s'agissait de mettre un terme à la fluctuation des montants de ladite contribution, fixée à 3,9 millions de francs en 1975. Aux fins de compenser le renchérissement, de développer les prestations de services de l'OSEC, surtout dans les domaines d'utilité publique, et de renforcer la coopération avec les chambres de commerce suisses à l'étranger, une augmentation de ce montant est aujourd'hui indispensable. Le projet de loi prévoit d'une part, une aide financière annuelle, ne devant pas dépasser 45 pour cent des dépenses totales de l'OSEC, d'autre part, une aide financière spéciale pour des actions de promotion des exportations, menées par des chambres de commerce suisses à l'étranger. Dans le projet d'arrêté fédéral sur les fonds affectés à ces deux aides, nous vous demandons d'allouer pour celles-ci un montant maximum, de 50 et 5 millions de francs respectivement, pour la période de 1990 à 1994 inclus.

MESSAGE

l Partie générale

Objectifs de l'Office suisse d'expansion commerciale (OSEC)

L'OSEC est une association de droit privé, qui, en vertu de la loi fédérale du 25 juin 1982 allouant une contribution à l'Office suisse d'expansion commerciale (RS 946.15), bénéficie d'une contribution annuelle de la Confédération - actuellement de 7 millions de francs - et dont les statuts doivent être approuvés par le Conseil fédéral en raison de son activité d'utilité publique. Pour la genèse de l'OSEC, nous renvoyons au Message du 11 novembre 1981 concernant une contribution à l'Office suisse d'expansion commerciale (FF 1982 I 28).

Le dispositif officiel de la promotion des exportations suisses se compose de: la Garantie contre les risques à l'exportation, seul instrument officiel en matière de financement
des exportations; l'OSEC, pour l'information, le conseil à
l'exportation, l'entremise de partenaires, l'organisation de
foires et la promotion de l'image de la Suisse à l'étranger;
les ambassades et consulats suisses. Partenaires à l'étranger
de l'OSEC, ceux-ci s'appuient, le cas échéant, sur les chambres de commerce suisses établies dans leur pays d'accueil
respectif.

L'activité de l'OSEC est subsidiaire. Cette institution s'insère dans le réseau très dense des organisations et institutions privées actives dans le domaine de la promotion des exportations, telles les banques, les entreprises privées de soutien à l'exportation, les conseillers d'entreprises, les chambres cantonales de commerce, et autres. L'OSEC n'empiète en aucune façon sur les fonctions propres à l'entrepreneur. C'est à celui-ci qu'il incombe de prendre l'initiative, d'assumer les risques et de veiller au déroulement de l'affaire. L'OSEC se borne donc, en premier lieu, à offrir une aide d'appoint à l'exportateur.

S'il fait partie du dispositif officiel de promotion des exportations, c'est en raison de ses rapports de partenaire avec la Confédération, rapports que lui valent ses prestations d'utilité publique, à savoir:

- assurer la continuité nécessaire à une promotion de l'exportation de caractère durable et fondée sur l'expérience, quelles que soient les fluctuations économiques;
- regrouper en une seule exploitation les activités relevant du domaine pratique de la promotion des exportations et mettre constamment à disposition de l'industrie d'exportation une grande variété de prestations de services dont la rentabilité peut varier;
- organiser dans l'intérêt général et national, des manifestations et des actions qui, d'emblée, ne sont pas rentables.

Pour l'OSEC, être partenaire de la Confédération n'équivaut pas à détenir un monopole en matière de promotion des exportations, mais plutôt à un travail en coopération étroite avec les services administratifs, notamment avec l'Office fédéral des affaires économiques extérieures, ainsi qu'avec les ambassades et consulats suisses, points d'appui de l'OSEC à l'étranger, en particulier pour ce qui est de l'information, des contacts et de l'organisation de foires et autres manifestations. Quant aux institutions et entreprises de promotion des exportations à but lucratif, l'OSEC joue ici un rôle soit complémentaire, soit concurrentiel. Dès lors qu'il doit, selon le projet de loi, couvrir comme par le passé 55 pour cent de son budget par ses propres moyens, il est tributaire, outre des cotisations de ses membres, de recettes couvrant au moins en partie les frais de ses services, autant qu'il ne s'agit pas de services d'utilité publique.

L'aspect d'économie privée de l'OSEC s'exprime également dans la composition de ses organes: dans la Commission de surveillance et le Comité, les unions faîtières et les entreprises d'exportation comptent 29 et 7 représentants respectivement, alors que la Confédération n'a qu'un seul délégué par organe. Ceci afin de garantir que l'offre des services de l'OSEC correspond bien aux besoins et aux voeux des utilisateurs. L'OSEC est donc une entreprise commune de la Confédération et de l'industrie d'exportation suisse assumant, dans l'esprit du système de milice, les tâches qui, ailleurs, sont confiées le plus souvent à des organes étatiques.

Nouvelle structure de l'organisation, amélioration des prestations de services

En décembre 1986, la Commission de surveillance décidait, sur proposition du Comité, de restructurer l'OSEC et d'ajuster son offre de prestations en fonction des objectifs suivants:

- Amélioration des rapports avec la clientèle
- Offre de solutions compatibles avec les exigences du marché
- Réduction des voies internes de communication et amélioration de la coopération
- Efficacité accrue et rationalisation
- Renforcement de la gestion interne
- Maintien d'une présence solide en Romandie.

L'éventail desdites prestations couvre actuellement les 14 domaines d'activité suivants:

- Documentation sur les entreprises, les produits et les marques de commerce

- Conseils à l'exportation
- Informations sur les marchés extérieurs
- Entremise de représentants et d'autres partenaires d'affaires
- Recherche et mise au point de possibilités d'affaires
- Publications à l'usage des entreprises
- Publications en matière d'exportation, relations publiques et publicité en faveur de l'économie suisse
- Foires et expositions
- Manifestations collectives d'entreprises
- Formation professionnelle/séminaires
- Prestations diverses
- Encouragement à l'exportation et recrutement de membres
- Attestation des prix à l'exportation
- Encouragement du commerce avec les pays en développement.

La nouvelle organisation de l'OSEC est effective depuis decembre 1987. Les prestations de services ont été progressivement ajustées, les différents instruments de travail améliorés et de nouveaux instruments conçus. L'OSEC a financé cette restructuration sans fonds supplémentaire.

L'OSEC s'adresse en particulier aux petites et moyennes entreprises qui ne disposent pas des spécialistes que requiert la complexité croissante du marketing. Elles doivent alors recourir à des tiers pour compléter leurs propres ef-

forts. La concurrence se fait plus vive, ses conditions sont souvent faussées. Les entreprises suisses d'exportation doivent lutter contre des obstacles non tarifaires au commerce, si ce n'est contre un protectionnisme déclaré. En outre, dans leurs échanges avec les pays en développement et les Etats de l'Est, elles en sont très souvent réduites à conclure des affaires de compensation, liées à toutes sortes de complications. Dans ce contexte, le soutien à l'exportation mérite une attention particulière. Le dispositif en place doit à plus forte raison être utilisé à bon escient, voire complété.

Moyens supplémentaires pour assurer la continuité et la qualité des services de l'OSEC

La contribution de la Confédération, fixée à 7 millions de francs le ler janvier 1983, n'est pas indexée. Selon l'indice des prix à la consommation (1.1.1983: 124,5; 1988: 138,2), elle s'est dépréciée d'un peu plus de 10 pour cent au cours des cinq dernières années. En outre, les coûts des services d'utilité publique, quoique difficiles à évaluer, pourraient être aujourd'hui supérieurs à la contribution fédérale. Il faut d'ailleurs s'attendre à ce que la part de ces services aux dépenses totales augmente encore. Il importe également d'améliorer les instruments de travail: surtout, les banques de données ont grand besoin d'être modernisées, de nouvelles banques créées. L'informatique devrait être introduite de façon conséquente afin que s'établisse progressivement un système de communication fiable entre l'administration fédérale, les chambres cantonales de commerce et l'OSEC.

Pour que l'OSEC puisse assumer avec efficacité les tâches de promotion des exportations au service de l'industrie d'exportation et de la Confédération, il doit donc disposer de moyens financiers adéquats, d'une infrastructure fonctionnelle et de personnel qualifié. Une augmentation de la contribution de la Confédération paraît donc justifiée tant pour compenser le renchérissement, que pour assurer le volume

nécessaire des services d'utilité publique et moderniser les instruments de travail. En vertu des statuts approuvés par le Conseil fédéral, c'est la Commission de surveillance qui, dans le cadre du plan d'activités et de financement à moyen terme, décide de l'utilisation des moyens de l'OSEC.

Comparés à la Suisse, de nombreux pays engagent des fonds publics bien plus élevés pour la promotion des exportations: en règle générale, d'autant plus que le pays exporte peu. Le dispositif actuel de la Suisse peut être considéré comme étant adéquat, tant sur le plan de la structure que du volume. En portant de sept à dix millions de francs la contribution annuelle de la Confédération à l'OSEC, on respecte le principe de l'aide d'appoint de l'Etat.

14 Prestations financières propres de l'OSEC

Comme dit précédemment, la contribution fédérale ne peut, selon la loi fédérale de 1982, dépasser 45 pour cent des dépenses totales de l'OSEC. Cette part de la Confédération a, depuis 1981, évolué comme suit:

1981	44	pour	cent
1982	36	pour	cent
1983	40	pour	cent
1984	33	pour	cent
1985	37	pour	cent
1986	31	pour	cent
1987	35	pour	cent

L'OSEC a donc pu, ces dernières années, maintenir ses prestations financières propres au-delà du niveau requis. L'augmentation proposée de la contribution de la Confédération ne devrait en principe rien y changer: l'OSEC a déjà, le ler janvier 1988, relevé de 10 à 15 pour cent en moyenne les tarifs de ses prestations et abonnement, et même de 20 pour cent les cotisations de ses membres. A ne pas oublier les

contributions spéciales versées à certaines occasions à l'OSEC par des grandes entreprises et des banques.

15 Les chambres de commerce suisses à l'étranger

C'est dans le but de défendre leurs intérêts à l'étranger, que des entreprises d'exportation suisses ont fondé des chambres de commerce dans divers pays. Certaines d'entre elles disposent d'un secrétariat opérationnel et sont en mesure d'offrir aux membres, ainsi qu'à d'autres intéressés, diverses prestations de services en rapport avec l'exportation. Les ambassades et consulats de leurs pays d'accueil respectifs ont passé avec ces chambres des accords au sens d'une division du travail dans le domaine du commerce et de la promotion des exportations. Aux termes de ces accords, chaque institution assume en principe les tâches pour lesquelles elle est la plus qualifiée: les ambassades s'occupent ainsi des affaires qui ressortissent aux autorités du pays d'accueil. Cette coopération décharge nos missions à l'étranger d'une partie de leurs tâches commerciales, ce pour quoi les chambres de commerce parties à de tels arrangements sont indemnisées par la Confédération. Le total de ces indemnités se monte actuellement à 308'000 millions de francs. Ce montant est réparti entre les différentes chambres de commerce en fonction de la décharge des ambassades et de ce que le maintien de ces chambres représente pour l'intérêt public.

Contrairement à leurs homologues de la plupart des Etats étrangers, les chambres de commerce suisses n'obtiennent aucune autre aide financière publique régulière hormis l'indemnisation mentionnée. Elles ont donc conservé jusqu'à ce jour leur caractère original d'entreprises purement privées. Elles n'en sont pas moins une composante importante du dispositif suisse de promotion des exportations qui est largement fondé sur le système de milice. A ce titre, elles ont obtenu des crédits spéciaux dans le cadre des deux programmes

d'impulsion de 1978-1982 et 1983-1987, crédits destinés à l'exécution d'actions et de projets de promotion des exportations, en collaboration avec l'OSEC (en tant qu'administrateur à titre fiduciaire et, le cas échéant, directeur de projet). Selon l'arrêté fédéral du 18 mars 1983 (FF 1983 I 1182), le crédit accordé pour le deuxième programme d'impulsion s'est chiffré à 2 millions de francs au total pour les quatre ans. Cette approche s'est révélée probante. Dès lors, et en quelque sorte dans le prolongement de ce deuxième programme, nous vous proposons d'allouer à l'OSEC, à l'intention des chambres de commerce suisses à l'étranger, une aide financière supplémentaire d'un montant maximum de 1 million de francs par an pour la période de 1990 à 1994 inclus, soit un maximum de 5 millions de francs, pour l'exécution de projets et d'actions dans l'intérêt de l'économie suisse d'exportation. Ce montant pourra être engagé à mesure que sont approuvés les projets correspondants. L'organe responsable est l'Office fédéral des affaires économiques extérieures qui prend les décisions de cas en cas sur proposition commune de l'Union des chambres de commerce suisses à l'étranger et de l'OSEC.

2 Partie spéciale

21 Renoncement à la fixation de l'aide financière dans la loi

Vu ce qui précède, des moyens supplémentaires sont nécessaires pour garantir la continuité et la qualité des prestations de service de l'OSEC. La contribution annuelle de 7 millions de francs fixée dans la loi fédérale du 25 juin 1982 n'y suffit plus. Le projet de loi ne définit pas le montant de l'aide financière requise. En revanche, l'Assemblée fédérale devra décider de l'octroi des moyens financiers à l'OSEC et de ceux destinés aux actions de promotion des exportations, et cela chaque fois pour plusieurs années, sur la base d'un message. Le montant global approuvé par arrêté fédéral simple sera réparti à parts égales sur les prévisions budgétaires annuelles.

22 Aide financière pour la période de 1990 à 1994

En vertu de l'arrêté fédéral proposé, l'OSEC se verrait allouer un montant maximum de 50 millions de francs pour la période de 1990 à 1994 inclus, soit une contribution annuelle de 10 millions de francs. Est prévu en outre un montant maximum de 5 millions de francs (soit 1 million de francs par année) pour des actions de promotion des exportations des chambres de commerce suisses à l'étranger.

23 Procédure de consultation

Selon l'article 32, 2e alinéa, de la constitution, les cantons doivent en principe être consultés lors de l'élaboration d'actes normatifs dans le domaine dont il est question ici. Cette diposition autorise toutefois des exceptions lorsqu'il s'agit de modifications d'une importance secondaire (cf. p.ex. FF 1985 II 1010; FF 1987 I 334), ce qui est en l'occurrence le cas. Il s'agit ici notamment d'ajuster l'aide financière au renchérissement.

3 Conséquences financières et effets sur l'état du personnel

Le montant requis de 55 millions de francs représente pour la Confédération une charge de 11 millions de francs par année pendant cinq ans (1990/1994). Par ailleurs, la loi proposée n'a aucune incidence sur l'état du personnel, ni de la Confédération, ni de l'OSEC. L'effectif de ce dernier était de 109 unités en 1982, de 122 unités en 1985, et de 117 unités en 1987.

Le projet de loi n'a pas d'effet pour les cantons et les communes.

4 Plan de législature

Le rapport sur le plan de législature 1987-1991 (FF 1988 I 353) souligne l'importance du maintien et de la promotion de la compétitivité de l'économie suisse. Si le présent projet de loi n'y est pas expressément annoncé, il figure cependant dans le plan financier de 1988/1991.

5 Constitutionnalité et forme des actes législatifs

Le projet de loi se fonde sur l'Article 31bis, 2ème de la constitution fédérale, qui autorise la Confédération à prendre des mesures en faveur de certaines branches de l'économie. Dans le cas présent, il s'agit de soutenir l'économie extérieure.

La légalité exige, en matière d'aide financière également, que le principe de l'octroi d'une contribution soit établi sous forme de loi. Par ailleurs, l'article 32, ler alinéa, la constitution, demande que la loi soit soumise au référendum. En revanche, l'acte législatif concernant les fonds affectés à l'aide financière doit revêtir la forme d'un arrêté de crédit non soumis au référendum, valable chaque fois pour plusieurs années (cf. p.ex. FF 1983 I 854 s. et 861 s; FF 1987 I 340 s. et 355 s.).

Bundesgesetz über eine Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC)

vom

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

gestützt auf Artikel 31bis Absatz 2 der Bundesverfassung,

nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom1)

beschliesst:

Art. 1 Grundsatz

1Der Bund gewährt der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung (OSEC) eine jährliche Finanzhilfe. Diese darf 45 Prozent der Gesamtaufwendungen der OSEC nicht übersteigen.

²Die Finanzhilfe kann für Aktionen der Exportförderung, welche in Zusammenarbeit mit den Schweizerischen Handelskammern im Ausland durchgeführt werden, erhöht werden. Das Bundesamt für Aussenwirtschaft entscheidet auf gemeinsamen Antrag der Union schweizerischer Handelskammern im Ausland und der OSEC in jedem Einzelfall über die Unterstützung von Aktionen.

Art. 2 Finanzierung

Die Bundesversammlung bewilligt den Höchstbetrag der finanziellen Mittel jeweils für mehrere Jahre mit einfachem Bundesbeschluss.

Art. 3 Aufhebung bisherigen Rechts

Das Bundesgesetz vom 25. Juni 19822) über einen Bundesbeitrag an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung wird aufgehoben.

Art. 4 Referendum und Inkrafttreten

Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

²Es tritt am 1. Januar 1990 in Kraft.

¹⁾ BB1 1988....

²⁾ AS 1982 1922

Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC)

vom

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

gestützt auf Artikel 2 des Bundesgesetzes vom1)
über eine Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für
Handelsförderung (OSEC),

nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom2)

beschliesst:

Art. 1

¹Für die Finanzhilfe an die OSEC in den Jahren 1990 - 1994 wird ein Höchstbetrag von 50 Millionen Franken bewilligt.

²Für die Finanzhilfe für Aktionen der Exportförderung, welche von den Schweizerischen Handelskammern im Ausland durchgeführt werden, wird für die Jahre 1990 - 1994 ein Höchstbetrag von 5 Millionen Franken bewilligt.

Art. 2

Dieser Beschluss ist nicht allgemeinverbindlich; er untersteht nicht dem Referendum.

- 1) AS 1989
- 2) BB1 1988

Loi fédérale allouant une aide financière à l'Office suisse d'expansion commerciale (OSEC)

du

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'Article 31bis, 2e alinéa, de la constitution;

vu le message du Conseil fédéral du1)

arrête

Article premier Principe

La Confédération alloue à l'Office suisse d'expansion commerciale (OSEC) une aide financière annuelle. Celle-ci ne doit pas dépasser 45 pour cent des dépenses totales de l'OSEC.

²L'aide financière peut être relevée pour des actions de promotion des exportations menées en collaboration avec les chambres de commerce suisses à l'étranger. L'Office fédéral des affaires économiques extérieures décide des projets à appuyer, de cas en cas, sur proposition commune de l'Union des chambres de commerce suisses à l'étranger et de l'OSEC.

Art. 2 Financement

L'Assemblée fédérale approuve le montant maximum des moyens financiers chaque fois pour plusieurs années par arrêté fédéral simple.

Art. 3 Abrogation du droit en vigueur

La loi fédérale du 25 juin 1982²) allouant une contribution à l'OSEC est abrogée.

Art. 4 Référendum et mise en vigueur

¹La présente loi est soumise au référendum facultatif.

²Elle entre en vigueur le ler janvier 1990.

¹⁾ FF 1988

²⁾ RO 1982 1922

Arrêté fédéral sur les fonds affectés à l'aide financière à l'Office suisse d'expansion commerciale (OSEC)

du

L'Assemblée de la Confédération suisse,

vu l'article premier de la loi fédérale du1) allouant une aide financière à l'Office suisse d'expansion commerciale (OSEC),

vu le message du Conseil fédéral2)

arrête

Article premier

l'Est approuvé un montant de 50 millions de francs au maximum pour l'aide financière à l'OSEC pour la période de 1990 à 1994 inclus.

²Est approuvé un montant de 5 millions de francs au maximum pour l'aide financière destinée à des actions de promotion des exportations des chambres de commerce suisses à l'étranger pour la période de 1990 à 1994 inclus.

Art. 2

Cet arrêté n'est pas de portée générale et n'est donc pas soumis au référendum.

¹⁾ RO 1989 ...

²⁾ FF 1988 ...

Beitrag des Bundes an Schweizerische Zentrale für Handelsförderung

Der Bundesrat hat Botschaft und Entwurf für ein Bundesgesetz über eine Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC) gutgeheissen. Danach wird der jährliche Beitrag des Bundes an die OSEC von zurzeit 7 auf 10 Millionen Franken erhöht. Die Beitragserhöhung soll es der OSEC ermöglichen, dem härteren internationalen Konkurrenzkampf mit ihren Dienstleistungen im Bereich der Exportförderung gerecht zu werden. Gleichzeitig ist neu vorgesehen, den für die Aussenwirtschaftsbeziehungen bedeutungsvollen schweizerischen Handelskammern im Ausland für Aktionen im Interesse der Exportwirtschaft einen jährlichen Beitrag von 1 Million Franken zu gewähren, und zwar über die mit den Handelskammern eng zusammenarbeitende OSEC als deren Treuhänderin.

Die OSEC mit ihren Geschäftsstellen in Zürich und Lausanne ist neben der Exportrisikogarantie das wichtigste offizielle Exportförderungsinstrument der Schweiz. Obgleich rechtlich ein privater Verein, in dem sich über 2'000 Exportunternehmen zusammengeschlossen haben, nimmt die OSEC Aufgaben im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse wahr, namentlich im Messewesen sowie in den Bereichen Information, Beratung und Publikationen. Der Bund leistet daher an die OSEC, in deren Aufsichtskommission und Vorstand er vertreten ist, eine Finanzhilfe, die indessen 45 % der Gesamtaufwendungen nicht übersteigen darf.

Die rund 20 schweizerischen Handelskammern im Ausland sind ebenfalls wichtige Komponenten der schweizerischen Exportförderung. Die rein privaten Zusammenschlüsse der ortsansässigen schweizerischen Unternehmen ergänzen in Zusammenarbeit mit der OSEC die kommerziellen Funktionen der diplomatischen und konsularischen Missionen der Schweiz.

EIDGENOESSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
Presse- und Informationsdienst

Contribution de la Confédération à l'Office suisse d'expansion commerciale

Le Conseil fédéral a approuvé le message et le projet relatifs à une aide financière à l'Office suisse d'expansion commerciale (OSEC). Par là, la contribution annuelle de la Confédération à l'OSEC, actuellement de 7 millions de francs, est portée à 10 millions. Cette augmentation devrait permettre à l'OSEC par ses prestations de service en matière de promotion des exportations, d'aider les entreprises à affronter une concurrence internationale toujours plus vive. Simultanément, il est prévu – et ceci est nouveau – d'accorder aux chambres de commerce suisses à l'étranger, importantes pour nos relations économiques extérieures, une contribution annuelle de l million de francs, destinée à financer des actions dans l'intérêt de l'économie d'exportation, et ce par le biais de l'OSEC en tant que leur fiduciaire, qui collabore étroitement avec lesdites chambres de commerce.

Avec ses sièges de Zurich et Lausanne, l'OSEC est, avec la Garantie contre les risques à l'exportation, le principal instrument officiel de promotion des exportations de la Suisse. Une association de droit privé, réunissant plus de 2000 entreprises d'exportation, l'OSEC assume des tâches d'utilité publique, notamment pour ce qui est de l'organisation de foires, de l'information, des conseils à l'exportation et des publications. C'est à ce titre que la Confédération, qui est représentée dans les organes de l'OSEC - Commission de surveillance et Comité -, lui alloue une aide financière ne devant toutefois pas dépasser 45 pour cent des dépenses totales.

Les quelque 20 chambres de commerce suisses à l'étranger sont une autre composante importante de la promotion suisse des exportations. Ces associations purement privées d'entreprises suisses établies à l'étranger complètent, en collaboration avec l'OSEC, les fonctions commerciales des missions diplomatiques et consulaires de la Suisse.

DEPARTEMENT FEDERAL DE L'ECONOMIE PUBLIQUE Service de presse et d'information Contributo della Confederazione all'Ufficio svizzero per l'espansione commerciale

Il Consiglio federale ha approvato il messaggio e il disegno di legge concernente un aiuto finanziario all'Ufficio svizzero per l'espansione commerciale (USEC). Di conseguenza, il contributo annuo assegnato dalla Confederazione all'USEC viene portato da 7 a 10 milioni di franchi. L'aumento del contributo deve consentire all'USEC di aiutare le imprese d'esportazione a far fronte, con i suoi servizi, all'accanita concorrenza internazionale. Si prevede altresì di accordare, per delle azioni a favore dell'economia d'esportazione, un contributo annuo di un milione di franchi alle camere svizzere di commercio all'estero, che rivestono una notevole importanza nel campo delle relazioni economiche internazionali. L'assegnazione avrà luogo attraverso l'USEC quale loro fiduciario, che collabora strettamente con dette camere.

Con i suoi uffici a Zurigo e Losanna, l'USEC costituisce, dopo la garanzia contro i rischi dell'esportazione, lo strumento ufficiale più importante della Svizzera per quanto riguarda la promozione delle esportazioni. Pur essendo, dal profilo giuridico, un'associazione privata, alla quale aderiscono oltre 2'000 imprese, l'USEC provvede ad assolvere compiti d'interesse economico generale, segnatamente per quanto attiene alle fiere e alle esposizioni, nonché nei campi dell' informazione, della consulenza e delle pubblicazioni. La Confederazione, rappresentata nella commissione di vigilanza e nel comitato dell' USEC, gli assegna perciò un aiuto finanziario che non può tuttavia superare il 45% delle spese globali.

Le circa 20 camere sivzzere di commercio all'estero costituiscono parimenti delle componenti importanti della promozione delle esportazioni svizzere. Queste associazioni puramente private delle imprese svizzere residenti all'estero integrano, in collaborazione con l'USEC, le funzioni commerciali delle missioni diplomatiche e consolari della Svizzera.

DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA Servizio della stampa e dell'informazione



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

Bern, 31. Oktober 1988

An den Bundesrat

Botschaft über eine Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC)

Mitbericht

zum Antrag des EVD vom 19. Oktober 1988

h an diesen Rhythmus halten sollten, den Satz Seite 10, Zif-

Wir sind mit dem Antrag <u>einverstanden</u>.

Indessen enthält der Botschaftsentwurf an zwei Stellen rechtlich missverständliche Formulierungen, die zur Vermeidung späterer Fragen geändert werden sollten. Die Bundesversammlung gewährt nämlich nicht selber die Finanzhilfen, sondern bewilligt "nur" die finanziellen Mittel.

Wir beantragen daher die folgenden Aenderungen:

Seite 2, Uebersicht

"... ist eine Beitragserhöhung unumgänglich. Der Gesetzesentwurf sieht eine jährliche Finanzhilfe vor, welche 45 Prozent der Gesamtaufwendungen der OSEC nicht übersteigen darf, sowie besondere Finanzhilfen für Exportförderungsaktionen der schweizerischen Handelskammer im Ausland. Die EIDGENÖSSISCHES JUSTYZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

finanziellen Mittel für die Finanzhilfen sind jeweils für mehrere Jahre mit einfachem Bundesbeschluss zu bewilligen.

Im Entwurf des ersten Bundesbeschlusses werden für die Jahre 1990 - 1994 ...".

Seite 10, Ziffer 22

"Mit dem vorliegenden Bundesbeschluss soll für die Finanzhilfen an die OSEC in den Jahren 1990 - 1994 ein Höchstbetrag von 50 Millionen Franken bewilligt werden, den der Bundesrat in jährlichen Tranchen von je 10 Millionen zu beanspruchen gedenkt. Für Aktionen der Exportförderung

EIDGENOESSISCHES
JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT

cohestavavele navina mah tim beis til

Indessen enthält der Botschaftsentwurf an zwei Stellen rechtlich missverständliche Formulierungen, die zur Vermeidung späterer Fragen geändert werden sollten. Die

Financhilfen, sondern bewilligt "nur" die finanziellen

Wir beantragen daher die folgenden Aenderungen:

Seite 2. Uebersicht

entwurf sieht eine jährliche Finanzhilfe vor, welche 45 Prozent der Gesamtaufwendungen der OSEC nicht übernteige darf. sowie besondere Finanzhilfen für Eventförderungen

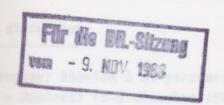
aktionen der schweizerischen Handelekammer im Ausland. Die



EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA

2101.3

hre



Bern, den 3. November 1988

An den Bundesrat

Botschaft über eine Finanzhilfe an die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung (OSEC)

Stellungnahme

zum Mitbericht des EJPD vom 31. Oktober 1988.

1. Wir sind mit den im Mitbericht des EJPD beantragten Aenderungen grundsätzlich einverstanden. Indessen möchten wir, da die mittel- und langfristige OSEC-Budgetplanung auf jährlichen Bundeszuschüssen von 10 Mio Franken beruht und die Bundessubventionen sich an diesen Rhythmus halten sollten, den Satz Seite 10, Ziffer 22 wie folgt redigiert sehen:

"Mit dem vorliegenden Bundesbeschluss soll für die Finanzhilfen an die OSEC in den Jahren 1990 - 1994 ein Höchstbetrag von 50 Millionen Franken bewilligt werden, den der Bundesrat in jährlichen Tranchen von je 10 Millionen Franken beanspruchen wird."

Dadurch wird allfälligen Wünschen, etwa seitens der OSEC, die vorgesehenen Raten zugunsten höherer Beiträge zu Beginn der 5-Jahresperiode zu erhöhen, zuvorgekommen.

EIDGENOESSICHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

belanin.